

Leitspruch des Monats

„Kommt her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken.“

Matthäus 11, 28



www.cpv-online.org
info@cpv-online.org
CPV, Goethestr. 29
72474 Winterlingen
Tel.: 07434.91100

Inhalt

- 2 Perspektiven für alle
- 5 DNA-Mitarbeiterdatenbank
- 6 Gesamtpunktzahl der Beurteilung
- 7 Jahresversammlung 2016
- 11 Interview
- 13 Aus den Untergliederungen
- 15 Distanzelektroimpulsgeräte
- 16 Partnerseminar

Impressum:

Redaktionsleitung:
Michael Hinrichsen (v. i. S. d. P.)
Telefon 0171.8514714
Fotos: DPoIG
Landesgeschäftsstelle:
Orleansstraße 4
81669 München
Telefon: 089.5527949-0
Fax: 089.5527949-25
E-Mail: info@dpolg-bayern.de
Internet: www.dpolg-bayern.de
ISSN: 0723-2209

Perspektiven der 3. QE

... bis A 11 und nicht weiter?

Diese Angst treibt heutzutage viele Kolleginnen und Kollegen um, die sich vor einigen Jahren auf die Mühen des Studiums an der FHVR eingelassen haben.

Fehlende Dienstposten in der Besoldungsgruppe A 12 sind dafür das Übel in allen Bereichen der bayerischen Polizei. Egal ob bei „S“ oder bei „K“ – es sind einfach zu wenige Dienstposten in A 12 vorhanden! Die in der Vergangenheit ausgewiesenen Haushaltsstellen waren und sind, mit Blick in die Zukunft gerichtet, schlichtweg zu gering dimensioniert.

Viele Absolventen haben selbst „gar nichts verbochen“, keine goldenen Löffel gestohlen, strebten vielleicht ehrlicher Weise kein Spitzenamt an, waren nicht die „Lieblinge“ ihres Beurteilers oder hatten sich für kein Förderprogramm in ihrem Verband gemeldet – möglicherweise weil ihnen die Familien/-planung wichtiger war. Im Moment bleibt manchem nur die Hoffnung auf die versprochene und bislang auch praktizierte Altersbeförderung drei Jahre vor dem individuellen Ruhestandseintritt. Eine vielleicht für die Zukunft trügerische Hoffnung, denn die derzeitige Rechtsprechung sieht eine solche „Sonderbeförderung“ als Dienstpostenhebung „am Mann/an der Frau“ eher kritisch.

Die düstere Perspektive für einen FH-Abgänger, möglicherweise lediglich mit A 11 in Pension gehen zu müssen, ist wirklich kein gerechter Lohn für die Entscheidung, den Weg in die 3. QE gewählt zu haben und dort viele lange Jahre gute Arbeit geleistet zu haben. Einen Regelbewerber (Direkteinsteiger) erwarten möglicherweise



> Eduard Dosch

insgesamt sogar nur zwei Beförderungen in der über 40-jährigen Dienstzeit! Da stellt sich schon die Frage, ob sich dafür ein Studium an der Fachhochschule wirklich lohnt/ gelohnt hat.

Die fehlende Chance für alle Beamten/-innen der 3. QE auf A 12 liegt nämlich nicht daran, dass man aufgrund fehlender Leistung oder Engagement den „A12er“ einfach erst sehr spät oder möglicherweise gar nicht erreicht. Die Hauptschuld liegt schlechthin in den fehlenden Haushaltsmitteln, verbunden mit einem fehlenden tragfähigen Dienstpostenkonzept beziehungsweise dessen zwingend notwendiger Fortentwicklung.

Für die DPoIG waren die starken Zulassungszahlen zum Studium sehr frühzeitig ein deutliches und alarmierendes Zeichen, dass es bei einer gleichbleibenden Dienstpostenstruktur absehbar zu einem massiven Beförderungsstau nach A 12 kommen wird. Mitte der 90er-Jahre wurden in jedem Jahr circa 200 Kollegen/-innen mehr für den gehobenen Dienst (3. QE) ausgebildet als die Jahre vorher und nachher. Grund dafür war damals primär, den An-

teil des gehobenen Dienstes bei der bayerischen Polizei auf mehr als 50 Prozent zu erhöhen – zunächst betrachtet auch ein löbliches Ziel! Jedoch hat die Entwicklung der DP-Struktur in der 3. QE mit dieser Ausweitung an Personal nicht Schritt halten können. Das liegt nicht nur an vergangenen Sparhaushalten, sondern auch an einfach prozentual gerechnet zu wenig Hebungen in den Haushalten.

Ein Irrsinn ist, dass zahlreichere Dienstkräfte der 3. QE erst gar nicht offiziell als Wartende in Erscheinung treten, weil sie nämlich gar keinen entsprechend wertigen Dienstposten in „A 12“ innehaben. Würde jeder in A 11, der die Wartezeit nach A 12 bereits erfüllt hat (und das sind weit über 1 500), auf einem entsprechenden Dienstposten sitzen, wäre die Dimension der Wartenden für alle noch erschreckender und deutlicher erkennbar. Ein Lösungsansatz wäre es, alle Dienstposten der 3. QE mindestens mit einer Wertigkeit A 10/12 zu versehen, damit jeder zumindest eine realistische Chance auf A 12 hat. Das Erreichen von A 12 für FHVR-Absolventen ist bekanntermaßen schließlich auch erklärter politischer Wille. ■



Höherer Dienst Zwei Jahre!

Mitte der 90er wurde kontrovers über Strukturverbesserungen für die bayerische Polizei diskutiert. Letztendlich konnte sich die **DPoIG** mit ihrer „Sonderlaufbahn P“ gegenüber Forderungen nach einer „zweigeteilte Laufbahn“ durchsetzen. Die bayerische Polizei war seitdem, mit dem prüfungsfreien Aufstieg in den „Gehobenen“ und dem prüfungserleichterten Aufstieg in den „Höheren“, Vorreiter in der Durchlässigkeit der Laufbahnen in der bayerischen Staatsverwaltung.

2011 wurde dieses „Erfolgsmodell“ im Rahmen des Neuen Dienstrechts auf alle anderen Ressorts übertragen.

Während sich dort diese Qualifikationsmöglichkeit positiv entwickelt, ist in der Polizei ein „Stau“ entstanden. Kollegen, die auf Dienstposten der Wertigkeit A 13/14 „sitzen“, die zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der 4. QE berechtigen, üben die Funktion über Jahre aus, ohne vom Ministerium für die Qualifizierungsmaßnahme zugelassen zu werden. Es gehen gar schon welche in A 13 „Gehobener Dienst“ in Pension, ohne die Qualifizierung gemacht zu haben.

Vom Primus zum Nachzügler. Für die **DPoIG**, auf deren Initiative hin diese Durchlässigkeit geschaffen wurde, ein nicht akzeptabler Zustand. Ein hausgemachtes Problem, nach Ansicht der **DPoIG**, das eigenständig gelöst werden kann und muss.

Aus diesem Grund thematisierten **DPoIG**-Personalräte bei einem Besuch des Ministers im Hauptpersonalrat die schlechte Situation des „Höheren Dienstes“ insgesamt und insbesondere die der modularen Qualifizierung. Die Argumente der „Blauen“ überzeugten offenbar den Minister, da dieser, noch in der Sitzung, den Auftrag an den Leiter des Personalsachgebietes IC 3 erteilte, ein Konzept für den „Höheren Dienst“ zu erstellen.

Das war im Mai 2013!

Im Jahr darauf besuchte der Minister erneut das Gremium und die **DPoIG**-Personalräte hakteten nach. Wie steht es um das Konzept „Höherer Dienst“? Der Minister – der auf diese Frage von seiner Administration nicht gebrieft war – notierte sich die Frage und sagte eine Rückantwort über die Polizeiabteilung zu.

Das war im Mai 2014!

Im Sommer 2014, nachdem keine Rückmeldung von der Polizeiabteilung kam, lud der Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Rainer Nachtigall, den Landespolizeipräsidenten zu einer Berichterstattung über den Sachstand des Konzeptes „Höherer Dienst“ ins Gremium ein. Weder an den Sitzungsterminen des August noch des September gelang es, den Landespolizeipräsidenten für eine Aussprache mit dem Gremium zu gewinnen.

Zeitgleich reiste der damalige Leiter des Personalsachgebietes im Ministerium durch die Lande und verkündete in Dienststellenleiterbesprechungen die zukünftige Reduzierung der Anzahl von Stellen, auf denen eine modulare Qualifizierung für Ämter ab der 4. Qualifikationsebene möglich ist.

Nachfragen der **DPoIG** beim Amtschef des Innenministeriums und dem Minister selbst, wie man denn zu solchen Plänen käme, ergaben, dass diese Aussagen von der Behördenleitung des Innenministeriums nicht abgesegnet waren.

Auch wenn kleinere Erfolge mit dem neuen Ausschreibungszusatz und dem damit verbundenen Wegfall der Beschränkung einer vierjährigen Wartezeit in A 13 für die **DPoIG** zu verzeichnen waren, sind zwischenzeitlich mehrere andere „Baustellen“ sichtbar geworden: Trotz zusätzlicher Stellen A 13/14 im Haushalt, werden keine für die modulare Qualifizierung ausgebracht. Das frustriert sowohl im Vollzug als auch in der Verwaltung. Die Fluktuation bei den Juristen ist sehr hoch; „Nachwuchs“ zu bekommen wird immer schwieriger. Die Perspektiven für Absolventen der Deutschen Hochschule aber auch bei den Akademikern, beispielhaft seien die Ärzte genannt, als langzeitwartende A 14er auf einen Dienstposten A 15 ist schlecht. Das System für die Ausbringung von Dienstposten A 16 oder gar die „Berufung“ auf diese Funktionen ist nicht transparent.

Wir schreiben das Jahr 2016. Ein Konzept „Höherer Dienst“ liegt noch immer nicht vor. Der turnusmäßige Besuch des Ministers im Hauptpersonalrat steht an. Die **DPoIG**-Personalräte werden erneut nachhaken. ■

Perspektiven schaffen!

Die **DPoIG** plädiert in den Haushaltsverhandlungen der letzten Jahre immer dafür, dass Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit bei den zusätzlichen Hebung- und Beförderungsmöglichkeiten dringend Einzug halten müssen. Das Auf und Ab muss ein Ende haben. Es bedarf nach Ansicht der **DPoIG** eines konti-

nuierlichen „Hebungs- und Beförderungskorridors“ in jedem Doppelhaushalt. Dies ist mit den zusätzlichen Finanzmitteln aus dem Neuen Dienstrecht in den Haushalten 2013/2014 und 2015/2016 gelungen und muss für den anstehenden Doppelhaushalt 2017/2018 fortgeführt werden.

Jeder 5. steckt fest. Dies ist für die **DPoIG** vor dem Hintergrund der Herausforderungen und der zunehmenden Belastungen für die Polizeibeschäftigten nicht akzeptabel.

Beispielhaft seien hier einige der „Baustellen“ aufgeführt:

► 2. QE

Das IM hat 2014 Beförderungswartezeiten in der 2. QE, insbesondere bei A 9/Z, deutlich erhöht. Dabei wurde es von anderen Gewerkschaften und Interessensvertretungen unterstützt. Mit den längeren Wartezeiten ist eine deutliche



Verschlechterung der Beförderungssituation für den Einzelnen nach A 9/Z und A 10 (2. QE) eingetreten. Die **DPoIG** hat sich dieser politisch veranlassten „Kosmetikmaßnahme“ zur Verschönerung der Wartendenstatistik verweigert. Der erneute Anstieg der Anzahl der Wartenden zeigt, dass die Befürworter längerer Wartezeiten mit ihrer „Kosmetik“ gescheitert sind.

Die **DPoIG** hat in den von ihr veröffentlichten Positionspapieren deutlich gemacht, dass Mindestdienstzeiten und Mindestaltersvorgaben für eine Beförderung – so sehr sie in der Praxis wünschenswert wären – von den Verwaltungsgerichten als verfassungswidrig bewertet werden. Für die **DPoIG** steht deshalb fest: Mehr Beförderungen und rechtssichere Verfahren – beides schafft Vertrauen und Perspektiven.

Die **DPoIG** plädiert seit 2013 für die „Entkopplung“ der Beurteilung von der Zulassung zum Aufstieg in die 3. QE. Hätte man schon damals gemeinsam am „**DPoIG**-Strang“ in Richtung „Entkopplung“ gezogen, wäre eine Umsetzung schon vor der Beurteilung 2014 möglich gewesen. Viel Zeit wurde durch die anfängliche Blockadehaltung anderer Gewerkschaften und Interessensvertretungen vergeudet. Gut, dass man inzwischen auf unsere Linie eingeschwenkt ist und wir gemeinsam für die „Entkopplung“ und damit für ein neues Auswahlverfahren kämpfen.

Die Perspektiven nach einer modularen Qualifizierung (mQ)

in Ämter der 3. QE in der Verwaltung aber auch im technischen Vollzugsdienst müssen dringend verbessert werden. Zu begrüßen ist, wenn das IM Ausnahmeregelungen des LbG für verkürzte Beförderungswartezeiten nach der mQ nutzt. Dies darf dann aber nicht nur auf Mitarbeiter des IM beschränkt sein, sondern muss für alle gelten.

3. QE

Die **DPoIG** fordert die Einführung eines Eingangsamtes A 10 nach dem Studium an der Fachhochschule für den öffentlichen Dienst.

Prüfungsabhängige Beförderungswartezeiten führen zu Ungerechtigkeiten und konterkarieren das Ziel der **DPoIG**: Abschaffung der Verzahnungsämter A 9 2. QE und A 9 3. QE.

A 12 muss aus Sicht der **DPoIG** zu einer Regelbeförderung in der 3. QE werden. Der „unsichtbare Stau“ all derjenigen, die langzeitwartend A 11 sind und aufgrund mangelnder Stellen nicht nach A 12 befördert werden, muss nachhaltig mit dem von der **DPoIG** geforderten „Hebungs- und Beförderungskorridor“ angegangen werden.

Angefangene Hebungsprogramme wie Klasseleiter bei der BePo, Dienstgruppenleiter oder SBV-Programme müssen nach Jahrzehnten auch einmal abgeschlossen werden.

Der erreichte Einstieg zur Schaffung von A 12er-Dienstposten im Tagesdienst für langjährige Schichtdienstleistende ist zu begrüßen. Muss

aber in den kommenden Haushalten ausgebaut werden.

Leiter großer Dienst-/Verfügungsgruppen müssen nach Ansicht der **DPoIG** eine Perspektive nach A 13 erhalten. Auch hier müssen bereits begonnene Programme, zum Beispiel bei Gruppenleitern des KDD, fortgeführt und abgeschlossen werden.

Über die Ausweitung von 09er-/11er-/13er-Dienstposten auf Bereiche, die eine besondere Qualifizierung erfordern (zum Beispiel Piloten der Hubschrauberstaffel) muss dringend diskutiert werden, um die Qualifizierung in diesen hochspezialisierten Bereichen erhalten zu können.

Die **DPoIG** steht weiterhin zu ihrer Forderung nach Ausweitung von Stellen in der Wertigkeit A 13/Z auf Leitungsfunktionen. So sollten Dienststellenleiter mit einem Soll unter 65 angesichts ihrer Verantwortung, die mit der Reform eher zugenommen hat, in den Genuss von A 13/Z-Stellen kommen.

Die Diskussion um fachspezifische Dienstposten muss nach fast vier Jahren beendet werden. Es braucht dringend auch hier Klarheit und Verlässlichkeit.

Der Leistungsvergleich bei Stellenbesetzungen ist zwingend reformbedürftig. Neben dem Umstand, dass nach Ansicht der **DPoIG** die „3-stellige Gesamtpunktzahl“ einer Beurteilung in die Auswahlentscheidung einfließen muss, sind die Einzelmerkmale, die zum Leistungsvergleich von Sachbearbeitern und Führungsbeamten in der Auswahl auf eine ausge-

schriebene Stelle herangezogen werden, transparent und vor allem besser vergleichbar zu machen.

4. QE

Der Anteil des „Höheren Dienstes“ am Personalkörper der bayerischen Polizei macht derzeit rund zwei Prozent aus. Die **DPoIG** fordert eine stufenweise Anhebung auf fünf Prozent.

Die **DPoIG** hat die Studiengänge der „Münsterabsolventen“ der letzten 15 Jahre ausgewertet. Dies zeigt, dass es zum Teil erhebliche Verwerfungen innerhalb eines Studiengangs und der Jahrgänge zueinander gibt, ohne dass hierfür in den Personen liegende Gründe ersichtlich sind. Es bedarf auch hier nachhaltig zusätzlicher Hebungs-/Beförderungsmöglichkeiten in den Haushalten. Im „Höheren Dienst“ gibt es vergleichbar mit den „Gehobenen“ Beamtinnen und Beamten, die langjährig auf eine Beförderung warten, ohne in öffentlichen Statistiken als „Wartende“ aufzutauchen.

Es gibt aus Sicht der **DPoIG** keinen Grund dafür, dass das Beurteilungsverfahren der Beamtinnen und Beamten der 4. QE hinsichtlich der Anwendbarkeit einer Quote anderen Maßstäben unterliegt als in der 2. beziehungsweise 3. QE.

Modulare Qualifizierung: Der Anteil, den die modulare Qualifizierung (mQ) im „Höheren Dienst“ haben soll, ist klar zu definieren. Das bisherige „Rumgeeiere“ muss ein Ende haben.



Es braucht mehr Transparenz in der mQ. Trotz der Bemühungen des HPR ist es noch nicht gelungen, dass durch das IM ein Anforderungsprofil erarbeitet und Funktionen für die mQ benannt werden. Hierzu müssen, aus Sicht der **DPoIG**, Funktionen bei „K“, „S“ in der Verwaltung und den Stäben einbezogen werden.

Es muss Transparenz bei dem Qualifizierungsverfahren in der Verwaltung geschaffen werden. Die gesetzlichen Vorgaben zur personalvertretungsrechtlichen Beteiligung bei der Auswahl, Zulassung und Prüfung zur modularen Qualifizierung in der Verwaltung müssen endlich vollzogen werden. Der „Durchstieg“, der in der Verwaltung nach A 15 und höher möglich ist, darf nicht nur auf dem Papier bestehen, er muss auch für Leistungsträger in der Realität möglich sein.

Der „Stau“ bei der modularen Qualifizierung muss abgebaut werden. Dazu ist die Anzahl der Zulassungen zu erhöhen.

Die Möglichkeiten des Leistungslaufbahngesetzes bei den Beförderungswartezeiten nach A 14 müssen ausgeschöpft werden. Die **DPoIG** plädiert für eine maximale Wartezeit von sechs Monaten bei all denen, die bereits drei Dienstjahre in A 13 haben. Das führt zu dem **DPoIG**-Ziel: Wegfall der Verzahnungsämter A 13 „Gehobener“ und A 13 „Höherer Dienst“, die es nur noch im Polizeivollzug gibt.

Juristen:

Die externe Ausschreibung, wie sie bei Ärzten und anderen Akademikern gang und gäbe ist, muss auch bei Juristen erfolgen. Die **DPoIG** hat sich vereinzelt durchgesetzt. Öffentliche Ausschreibungen zeigen, dass wesentlich mehr Bewerber/-innen zur Auswahl stehen als im bisherigen Verfahren.

Wechseln Juristen in den Vollzug, wechseln sie den fachlichen Schwerpunkt der Laufbahn. Weder die Feststellung der Eignung, noch deren Bewährung, das Umlauf- und schon gar nicht das „Prüfungsverfahren“ derer, die in den Vollzug wechseln sollen, ist transparent. Selbst die Teilnehmer/-innen sind auf die Mundpropaganda ihrer Vorgänger angewiesen. Ein nachvollziehbares Konzept fehlt. Auch hier bleibt bislang die Personalvertretung außen vor. Ein klarer Verstoß gegen die gesetzlich vorgeschriebene personalvertretungsrechtliche Beteiligung.

Ärzte:

Sie werden in der Regel in A 13 „Höherer Dienst“ übernommen. Fachärzte in A 14. Die Perspektive ist A 15 in der gesamten Berufszeit. Attraktivität sieht anders aus. Das macht sich derzeit beim Bewerberaufkommen anlässlich von Ausschreibungen insbesondere zu Betriebs-/Arbeitsschutzärzten deutlich bemerkbar.

Akademiker:

Die Polizei ist auf die Fachkompetenz von Akademikern wie Islamwissenschaftler, Soziologen, Chemiker und anderen in vielen Bereichen angewiesen. In der Regel werden diese zunächst als Tarifbeschäftigte ein- und die Verbeamtung in Aussicht gestellt. Andere werden direkt in das Beamtenverhältnis übernommen. Eine klare Linie schafft auch hier Transparenz.

Vollzug:

Die nach vielen Diskussionen des HPR mit Vertretern des IM erreichte Ausschreibung von Dienstposten A 13/14, die nicht für die Erstbesetzung von DHPol-Abgängern genutzt werden, hat für ein Mehr an Transparenz gesorgt. Dies muss – entgegen den Planungen des IM – weiter erhalten bleiben.

Auch hier bedarf es einer Reform der Beförderungsrichtlinie. Prüfungsabhängige Wartezeiten wirken sich auch hier auf die Abschaffung der Verzahnungsämter A 13 3. QE und A 13 4. QE kontraproduktiv aus.

Für langzeitwartende A 14er und A 15er bedarf es dringender Perspektiven.

Die Ausschreibung von Stellen der Wertigkeit A 16 bringt Transparenz in des Besetzungsverfahren und entspricht der Bestenauswahl.

Tarif:

Erfolgreiche Sicherheitsarbeit bei der bayerischen Polizei ist nur im Zusammenschluss von

Arbeitnehmern und Beamten zu gewährleisten. Deshalb bedarf es vergleichbarer Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer. Dafür steht die **DPoIG**-Tarifkommission!

Neben einem verbindlichen Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen braucht es für Tarifbeschäftigte mehr und besser bewertete Stellen. In Haushalten ist der Anteil der Stellenhebungen dem Gesamtanteil der Beschäftigten am Personalkörper anzugleichen. Darüber hinaus sind zum Beispiel Verkürzungen der Stufenlaufzeiten bei überdurchschnittlicher Leistung und stufengleiche Aufstiege bei Höhergruppierungen in Angriff zu nehmen. ■

Einladung

zur **DPoIG**-Fachtagung „Kripo“

„Reisende Kriminalitätsphänomene – DIE Herausforderung für Ermittlungsbehörden“

Wann: 12. Mai 2016, 9 Uhr

Wo: Wappensaal des Hofbräuhauses München, Platzl 9, 80331 München

Eine moderne, effektive Kriminalitätsbekämpfung erfordert angesichts zunehmender grenzüberschreitender Täterstrukturen einen raschen Austausch von Informationen auf internationaler Ebene. Netzwerke von Straftätern muss mit einem schnellen und sicheren Informationsnetzwerk der Sicherheitsbehörden begegnet werden. Wir müssen „Wissen teilen und nicht nur sammeln“. Dies gilt auch gerade im Hinblick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Als zentraler Kommunikationskanal für den Informationsaustausch in der EU und in den assoziierten Drittstaaten soll SIENA (Secure Information Exchange Network Application) ausgebaut werden. Bei der Fachtagung werden die gemeinsamen Möglichkeiten der verschiedenen Ebenen praxis- und basisorientiert dargestellt. Kompetente Referenten kommen aus dem Bayerischen Landeskriminalamt, dem PP München, dem Bundeskriminalamt und von EUROPOL.



Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen und über einen regen Meinungsaustausch. Es geht nicht um die Theorie, sondern um die Praxis!

Anmeldungen bitte per Mail an die Landesgeschäftsstelle der **DPoIG** (info@dpolg-bayern.de)

DNA-Mitarbeiterdatenbank:

Entscheidung des Ministeriums ist überfällig!

Wiederholt wurden durch das Ministerium in den vergangenen Jahren diverse Arbeitsgruppen eingerichtet, welche über Monate sich intensiv mit der Thematik beschäftigten, um fachliche Konzeptionen zu erarbeiten. Der Abschlussbericht verschwindet aber oftmals für Jahre in den Schubladen des StMI, ohne dass dort irgendwelche Entscheidungen getroffen werden. Ein weiteres Beispiel dieser „Verfahrensweise“ ist die DNA-Mitarbeiterdatenbank, die auch als Eliminationsdatenbank und Referenzdatei bezeichnet wird.

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2013 wurde durch das StMI eine AG eingerichtet, die eine Konzeption zur Errichtung einer DNA-Mitarbeiterdatei erarbeiten sollte. In dieser Konzeption soll sowohl der rechtliche Aspekt (freiwillige Einwilligung und/oder gesetzliche Grundlage) als auch der betroffene Personenkreis und die Speicherdauer festgelegt werden. Die Arbeitsgruppe hat diesen Bericht Mitte 2014 dem StMI übersandt und seit beinahe zwei Jahren warten Verbände und Kollegen darauf, wie bayernweit einheitlich mit den DNA-Mustern der Kollegen umgegangen werden soll.

Zur Vorgeschichte: Die Frage der Einrichtung einer Eliminationsdatenbank wird seit mindestens 2007 in den Verbänden diskutiert und dort unterschiedlich gehandhabt. Bereits damals wurde darauf verwiesen, dass bei entsprechender fachlicher Notwendigkeit eine bayernweite Regelung über das StMI unter Beteiligung des HPR erforderlich sei. Mindestens seit Beginn dieser Diskussion in 2007 werden in den Verbänden entsprechende Dateien mit DNA-Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrieben, ohne dass hierfür datenschutzrechtliche noch personalvertretungsrechtliche Zustimmungen vorgelegen haben. (Für OBS trifft das nicht zu – bei anderen PPs wissen wir es nicht genau.)

Spätestens seit dem spurentechnischen Desaster um den Mord an Kollegin Michelle Kiesewetter wird die fachliche Notwendigkeit einer solchen Datenbank weder von der dienstlichen Seite, noch von der **DPoIG** bestritten. Die bisherige Praxis, in der Kollegen ihre DNA zur Elimination von Tatortspuren (freiwillig) abgeben müssen, wird in den Präsidien völlig unterschiedlich umgesetzt. Es werden nicht nur Kripobeamte gebeten, ihre



fotolia, Dan Kace

DNA zum Abgleich (dauerhaft) zur Verfügung zu stellen, sondern auch S-Beamte, welche zuerst am Tatort waren. Ob das persönliche DNA-Muster allerdings nur für diesen „einen Fall“ erhoben oder länger gespeichert wird, darüber wird der Kollege in der Regel nicht informiert. Neben der unterschiedlichen Speicherdauer, welche auch beim Wechsel der Kripo-Dienststelle bestehen bleibt, sehen manche Fachleute auch die Notwendigkeit, dass das DNA-Muster auch über die Pensionierung hinaus erhalten bleibt, um Tatortspuren von den DNA-Spuren der Mitarbeiter ausschließen zu können.

Die bisherige Umsetzung in den Präsidien sollte durch die

Nutzung einer bayernweiten „Referenzdatei“ (neuer Arbeitsname) einheitlich geregelt werden. Bis zur Nutzung dieser „Referenzdatei“ sind sicherlich noch einige Fragen zu klären, insbesondere auch luk-technische Fragen. Der „Wildwuchs“, welcher durch das seit Jahren bestehende Regelungsvakuum des IM in der Praxis entstanden ist, kann aber nicht im Interesse der Polizeiorganisation und schon gar nicht im Interesse unserer Kollegen sein.

Der AG-Bericht, der alle diese Fragen regeln könnte, ist seit Mitte 2014 in irgendeiner ministeriellen Schreibtischschublade verschwunden. Nach fast zwei Jahren müsste doch auch im StMI endlich eine „zeitnahe“ Entscheidung möglich sein. ■

GewaPol

Keine weiteren Kapriolen – EKA endlich freigeben!

Die **DPoIG** fordert seit Jahren die Freigabe des Einsatzstocks kurz ausziehbar (EKA) für den Schicht- und Wechselschichtdienst. Für zivile Einheiten wurde der EKA bereits 2007 freigegeben. Für den uniformierten Streifendienst nicht.

Seit 2012 liegt die Empfehlung einer ministeriellen Arbeitsgruppe zur Einführung des EKA vor. Ein Jahr später wurde die Empfehlung erst im Präsidenten-Jour-fixe diskutiert. Anfang 2014 regt die AG eine Praxiserprobung an. Ende 2014 befür-

wortet das IM einen sechsmonatigen Piloten in den Präsidien München (PI 14/24), Schwaben Süd/West (PI Kempten), Schwaben Nord (PI Augsburg-Mitte) und Unterfranken (PI Schweinfurt) unter der Leitung der PEGeschäftsstelle Bayern. Die

Teilnehmer testeten mittels Poollösung vier verschiedene, zertifizierte EKA-Modelle (Firma ASP, B&T, Bonowi, Monadnock) der Größe 21 Zoll (50 Zentimeter in ausgefahrenem Zustand) und deren Tragevorrichtungen für den Einsatz-



gürtel in den Ausführungen „soft“ beziehungsweise „starr“. Die am Ende der Pilotierung erfolgte Onlinebefragung der Trageversuchsteilnehmer ergab: 95 Prozent (218 von 230) der Teilnehmer betrachten den EKA als eine sinnvolle Ergänzung ihrer Ausrüstung. Die PE-Geschäftsstelle empfiehlt in

ihrem Abschlussbericht „die umgehende Einführung des EKA für den uniformierten Dienst bei der bayerischen Polizei“. Trotz der erneuten Empfehlung, die Ende 2015 ausgesprochen wurde, erhalten die Verbände bis Ende Februar 2016 Gelegenheit, sich zu einer Einführung des EKA zu äußern.

Ganze vier Jahre sind in der Zwischenzeit vergangen! Vier Jahre, in denen Uniformierte in Bayern auf ein sinnvolles Einsatzmittel verzichten mussten!

Die Kolleginnen und Kollegen der Polizeien in Baden-Württemberg, Brandenburg,

Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und der Bundespolizei nutzen seit Jahren verantwortungsvoll den Einsatzstock kurz ausziehbar. Bayern braucht vier Jahre und hat immer noch keine Entscheidung zur Einführung getroffen. Traurig aber wahr.

Die Dreistellige

Die Beamten A und B bewerben sich auf eine Führungsfunktion in der Wertigkeit A 12/13. Im Leistungsvergleich der beiden stellt sich heraus: beide in A 12 als Führungskräfte beurteilt, haben im Gesamturteil ihrer Beurteilung 16 Punkte und sind damit gleich. Beide sind in der Inneren Ausschöpfung der doppelt gewichteten Einzelmerkmale (EM) mit 5 x 16 Punkten gleich. Auch hier ist keine Auswahlentscheidung möglich. Als 3. Prüfschritt folgt die Vorbeurteilung – beide sind gleich. B schlägt A, weil er drei Monate länger in A 12 ist. A empfindet die Auswahl als ungerecht. Er macht geltend, dass er die beste Beurteilung hat, die jemand in A 12 mit 16 Punkten haben kann. Er hat in jedem seiner 24 EM 16 Punkte. Addiert man diese, kommt er auf insgesamt 464 Punkte. Spitzenwert! Besser geht's nicht. B hat nicht durchgehend 16 Punkte. Seine dreistellige Gesamtpunktzahl liegt deutlich unter der von A.

Das Beispiel ist fiktiv gewählt. Ähnlichkeiten mit der Realität sind beabsichtigt. Das Beispiel ist auf jede Beurteilung/Besoldungsgruppe und auf Beförderungen übertragbar.

Das IM beruft sich bei der Nutzung von „nur“ fünf Einzelmerkmalen im Leistungsvergleich auf das Leistungslaufbahngesetz. Verwaltungsgerichte ge-

ben aber vor, dass aktuelle Beurteilungen „voll inhaltlich“ auszuschöpfen sind. Nur fünf von maximal 24 EM sind nach Ansicht der **DPoIG** nicht „voll inhaltlich ausgeschöpft“ und deshalb plädiert sie dafür, auch die dreistellige Gesamtpunktzahl einer Beurteilung mit in die Auswahl einzubeziehen.

Führungskräfte erstellen in einem aufwendigen Abstimmungsverfahren Beurteilungen. Dabei bewerten sie, je nach Sachbearbeiter- beziehungsweise Führungsbeurteilung, 21 beziehungsweise 24 EM. Davon sind aber nur fünf entscheidend. Alle anderen spielen keine Rolle.

Aus Sicht der **DPoIG** spielt die dreistellige Gesamtpunktzahl aber eine Rolle. Sogar eine gewichtige. Das IM sieht dies ebenso, sonst würde es wohl keine expliziten Vorgaben im Beurteilungs-IMS machen:

„(...) Daneben ist zu beachten, dass die Gesamtsumme der Einzelmerkmale nicht der Position der zu beurteilenden Beamtin beziehungsweise des zu beurteilenden Beamten in der Rangfolgeliste (Reihung), die auch innerhalb der quotierten Gesamtprädikate zu bilden ist, widerspricht (...).“ (IMS zur Periodischen Beurteilung von Beamtinnen und Beamten der bayerischen Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz zum Stichtag

31. Mai 2015, Ziff. 7.4.) (Beachte hierzu untenstehende Tabelle, die Beurteilern vom IM an die Hand gegeben wird.)

Entsprechend den IM-Vorgaben wird denen, die (zum Beispiel in der 3. QE) an der Erstellung der Beurteilung mitwirken, vom Beurteiler, ein kleiner „Korridor“ der dreistelligen Gesamtpunktzahl, vorgegeben. Damit soll sichergestellt werden, dass die ursprüngliche Leistungsreihung der jeweiligen Besoldungsgruppe im Verband mit der Erstellung der einzelnen Beurteilung auch eingehalten wird.

Wenn also die dreistellige Gesamtpunktzahl die Leistungsreihung der Besoldungsgruppe

im Verband widerspiegelt; wenn sie nicht nur fünf, sondern alle Einzelmerkmale wiedergibt; wenn sie so wichtig ist, dass das IM dafür explizit Vorgaben macht und sich Beurteiler die Arbeit machen, mindestens 21 EM zu bewerten – dann sollte sie, nach Auffassung der **DPoIG**, auch in Auswahlentscheidungen genutzt werden.

Die **DPoIG** schlägt daher vor, dass die dreistellige Gesamtpunktzahl als Teil der „Inneren Ausschöpfung“, als zusätzlichen Prüfschritt im Falle des Gleichstandes der fünf Einzelmerkmale, vor der letzten Beurteilung zur Entscheidung herangezogen wird.

Punkte	Sachbearbeiter 21 EM	Führungskraft 24 EM
16	404–416	450–464
15	378–403	421–449
14	352–377	392–420
13	326–351	363–391
12	300–325	334–362
11	274–299	305–333
10	248–273	276–304
9	222–247	247–275
8	196–221	218–246
7	170–195	189–217
6	144–169	160–188
5	118–143	131–159
4	92–117	102–130
3	66–91	73–101

DPoIG-Jahresversammlung 2016

Bei dieser Tagung der **DPoIG** treffen sich einmal jährlich alle Ebenen unserer Funktionsträger, tauschen sich aus, „befruchten sich dadurch gegenseitig“ und machen diese Besprechung zu einem wichtigen Baustein für die erfolgreiche Arbeit der größten bayerischen Polizeigewerkschaft.



> Gustl Janker, Hermann Benker, Fritz Lummer (von links)

Hermann Benker begrüßte die Funktionsträger der **DPoIG** Bayern: Kreisvorsitzende, freigestellte Personalräte, die Mitglieder des Landeshaupt- und des Landesvorstandes.

Dabei galt sein besonderer Gruß den seit der letzten Versammlung neu gewählten Kreisvorsitzenden:

- > Juliane Hillmann, KV Ebermannstadt (bisher Harald Hölzel)
- > Kai Schmiedeknecht, KV Traunstein (bisher Thomas Pertl)
- > Jürgen Schuster, LfV (bisher Claus Weber)

Noch vor dem Einstieg in die (wie immer umfangreiche) Tagesordnung ließ es sich der Landesvorsitzende nicht nehmen, August Janker und Fritz Lummer für 40 Jahre Zugehörigkeit zur **DPoIG** und ihre jahrelange aktive Unterstützung mit kleinen Geschenken und Nadeln zu ehren.

Etwa eineinhalb Stunden Zeit nahm sich Staatssekretär **Gerhard Eck** für seinen Besuch.

„Ich bin gerne gekommen.“ So startete er seinen Vortrag. Vor allem auch deshalb, weil miteinander sprechen sinnvoller und erfolgversprechender ist, als sich Briefe zu schreiben.



> Innenstaatssekretär Gerhard Eck

Die Belastungen durch den G7-Gipfel waren dem IM durchaus bewusst. Eck, Innenminister Herrmann und die oberste Polizeispitze waren sich einig, dass

> Die Pressemitteilung des StMI zum Besuch des Staatssekretärs:

Eck bei Jahreshauptversammlung Deutsche Polizeigewerkschaft (**DPoIG**) in Bad Windsheim (6. April 2016 PM 107/2016)

Jahresversammlung der Deutschen Polizeigewerkschaft in Bad Windsheim – Bayerns Innenstaatssekretär Gerhard Eck sichert weitere Investitionen in die bayerische Polizei zu: mehr Personal und bessere Ausrüstung

+++ Mehr Personal und eine bessere Ausrüstung für die bayerische Polizei hat heute Bayerns Innenstaatssekretär Gerhard Eck bei der Jahresversammlung der Deutschen Polizeigewerkschaft in Bad Windsheim zugesichert. „Angesichts der aktuellen Herausforderungen brauchen wir eine gut aufgestellte Polizei“, betonte Eck. „Daher werden wir weiterhin kräftig in die bayerische Polizei investieren.“ Der Innenstaatssekretär lobte in diesem Zusammenhang die engagierte und professionelle Arbeit der bayerischen Polizistinnen und Polizisten im arbeitsreichen vergangenen Jahr, sei es beim G7-Gipfel, bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms oder angesichts der Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus. +++

Wie Eck erläuterte, hat die bayerische Polizei mit aktuell insgesamt 41 370 Stellen so viel Personal wie nie zuvor. „Wir haben seit 2007 3 635 neue Polizeistellen geschaffen und konnten deshalb viel mehr Polizisten neu einstellen und fertig ausbilden als in den Ruhestand gingen.“ Allein von 2010 auf 2015 seien das 1 314 Polizisten, die zusätzlich auf Bayerns Straßen für Sicherheit sorgen. „Es gibt kein anderes Bundesland in Deutschland, das seine Polizei vergleichbar gestärkt hat, wie der Freistaat die Bayerische Polizei“, machte Eck deutlich. „Unsere offensive Personalpolitik werden wir auch in Zukunft weiterführen.“ So seien für 2016 mehr als 1 400 Neueinstellungen bei der bayerischen Polizei geplant. Außerdem werde sich das bayerische Innenministerium beim Doppelhaushalt 2017/2018 für weitere zusätzliche Polizeistellen einsetzen.

Mit Blick auf die Ausrüstung bei der bayerischen Polizei verwies der Innenstaatssekretär darauf, dass bereits im vergangenen Jahr die geschlossenen Einheiten mit neuen Schlag- und Stichschutzausrüstungen sowie flammhemmenden Einsatzanzügen ausgestattet wurden. „Außerdem starten wir zum Jahresende mit der Ausstattung unserer Beamtinnen und Beamten mit der neuen blauen Uniform“, so Eck weiter. Sie entsprechen sowohl in Qualität als auch Funktion modernsten Standards. Zusätzlich werde gerade die ballistische Schutzausrüstung mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 30 Millionen Euro optimiert. „Unter anderem erhalten unsere Beamtinnen und Beamten erstmalig einen ballistischen Schutz gegen Gewehre mit militärischer Munition, mit dem sie sich lageangepasst ausrüsten können“, erläuterte Eck. Alle Streifenwagen werden mit entsprechenden Sets ausgestattet. Eck: „Damit reagieren wir auch auf die erhöhte terroristische Bedrohung.“

Auch der Fuhrpark der bayerischen Polizei wird laut Eck erneuert. Dafür stehen im laufenden Doppelhaushalt rund 37 Millionen Euro zur Verfügung. „Damit können wir rund 1 500 Leasingfahrzeuge nachersetzen und rund 450 neue Polizeifahrzeuge kaufen“, sagte Eck. Darüber hinaus werden im Nachtragshaushalt 2016 rund 5,5 Millionen Euro bereitgestellt, um die Fuhrparks der Polizeiinspektionen Fahnung aufzustocken und zu erneuern. „Außerdem testen wir derzeit in den Streifenwagen mit verschiedenen zentralen Bedien- und Anzeigesystemen zukunftsweisende Technik“, ergänzte der Innenstaatssekretär. Sie soll eine zentrale Steuerung des Funks und der Sondersignale ermöglichen und für das Einsatzmanagement genutzt werden.



danach für die Einsatzkräfte unbedingt Gelegenheit für Erholungsphasen sein muss. Dann kam überraschend der Flüchtlingsstrom.

Während der Staatssekretär zu den **DPoIG**-Funktionsträgern sprach, traf die Pressemeldung des Innenministeriums zu seinem Besuch per Mail ein. In dieser sind die Inhalte (vor allem die genannten Zahlen) der Rede gut zusammengefasst. Siehe Abdruck rechts.

Weitere Aussagen des Staatssekretärs:

Die Belastung der Bereitschaftspolizei ist im Jahr 2015 um 120 Prozent (!) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Unter anderem durch Demos, Flüchtlinge, Fußball ... Dazu tragen auch sieben bayerische Fußballvereine in den ersten drei Ligen und viele Einsätze bei anderen Sportarten bei.

Bei der bayerischen Polizei gab es zum 30. November 2015 zwei Millionen Mehrarbeitsstunden. 250 000 davon BePo (= 99 Stunden je Beamter). Aktuell sieht Eck keine Möglichkeit, diese Stunden abzubauen.

Diese Belastung ist eine Zeit lang auszuhalten. Aber irgendwann ist „Schicht im Schacht“. (Zitat)

Endlich müssen ein freies Wochenende im Monat und län-

> Zitate Staatssekretär Eck

„Seien wir mal ehrlich, wir müssten auch über die Dienststellenstruktur nachdenken. Brauchen wir alle vorhandenen Wasserköpfe? Aber da wäre der Aufschrei groß. Reden wir mal über Kriminalitätsbelastung und Einsatzhäufigkeit einzelner Dienststellen. Diese Themen müssen wir irgendwann mal aufgreifen.“

„Der Personal- und Ausrüstungsstand bei der Bundeswehr macht mir Angst und Bange.“

„Schwertransportbegleitung: weg damit! Auch wenn ich weiß, dass manche diese nicht so anspruchsvolle Tätigkeit ganz gerne weitermachen möchten.“

„Wenn ich mir viele Arbeitsgruppen bei der Polizei so ansehe, bin ich überzeugt, dass wir viele Dinge im Kleinen einfacher, leichter und besser erledigen könnten. Aber es gibt immer mehr hoch gebildete Leute, die einfach gefragt werden wollen.“

gere Freizeitblöcke bei der BePo gewährleistet werden.

Im Jahr 2015 unterstützten bayerische Kräfte bei 17 Einsätzen in anderen Ländern. Unter anderem deshalb wurde zum 1. März die Zahl der Einsätze von 25 auf 27 erhöht.

Bezüglich der neuen Uniform bedauerte Eck, dass man nicht in der Lage war, bundesweit Einheitlichkeit zu schaffen. Aber es ist verlorene Zeit, heute über diese Versäumnisse zu reden.

„Ich kann mich noch an den Sparwahn erinnern!“ (Zitat)

Auch deshalb muss jetzt mehr in Personal investiert werden.

Klares Ziel von Staatsminister Herrmann und seinem Staatssekretär ist es, dass jeder Absol-

vent der Fachhochschule A 12 erreichen muss. Deshalb wurde ein Großteil der Beförderungen in diesem Bereich für die Altersbeförderung verwendet.

Eck sagte Entlastungen auch im Bereich A 9/Z zu, musste aber einräumen, dass es aktuell keine positiven Entwicklungen gibt.

Der Staatssekretär „verteidigte“ die Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle für Schicht- und Wechselschichtdienst. Aus Sicht des IM lassen die gesetzlichen Vorgaben keine Spielräume. Dabei ist auch der Politik klar, dass gerade kleine Dienststellen größte Schwierigkeiten haben werden.

Eine Erhöhung des DUZ wird im nächsten DHH nicht kommen. Aufgrund der politischen Entwicklungen muss derzeit

anders priorisiert werden. Deshalb kann eine (von der **DPoIG** geforderte) deutliche Erhöhung erst in einem späteren DHH aufgegriffen werden.

Trotz dieser nicht nur positiven Aussagen wollte Staatssekretär Eck unbedingt klarmachen, dass Innere Sicherheit oberste Priorität hat und die Polizei „wieder in die Mitte gerückt ist“.

In der sich anschließenden Fragerunde zeigte sich Jürgen Ascherl verwundert über die (negative) Aussage zu einer Erhöhung des DUZ. Von politischer Seite gab es dazu in Vergangenheit durchaus mehrere positive Signale. Hier muss klar gesagt werden, wie und wann es jetzt zu einer Lösung kommen könnte.

Michael Hinrichsen wies daraufhin, dass 80 zusätzliche Tarifstellen für die gesamte bayerische Polizei absolut zu wenig seien. Wäre doch eine deutliche Erhöhung von Tarifstellen eine der wenigen Möglichkeiten, den Vollzugsdienst schnell entlasten zu können.

Leider macht dazu auch die Antwort des Staatssekretärs, dass es sich „natürlich nur um den Einstieg in mehr handle“, mit dem Zusatz, dass uns auch klar sein müsse, dass ausschließlich die Polizei überhaupt neue Stellen bekommen hat, nicht wirklich Hoffnung.



> Blick in „die Runde“



> Interessierte DPoIG-Funktionsträger



Rainer Hirschmann forderte den Staatssekretär auf, hohe Einstellungszahlen zu verstetigen, und zeigte die tatsächliche Personalsituation am Beispiel einer echten Polizeiinspektion mit ungeschönten Zahlen auf. Wenig hilfreich ist ein Schreiben des Innenministers Herrmann zur Argumentationshilfe an CSU-Mandatsträger zur Personalsituation (offensichtlich als Reaktion auf die „ständige“ Kritik der Gewerkschaften). Auch in diesem wird leider die tatsächliche Situation ohne echte Fakten „schöngeredet“.

Edi Dosch freute sich über die Erhöhung der Zahl der Einsätze. Trotzdem wies er darauf hin, dass im Organigramm der Bereitschaftspolizei 30 Einsätze angeführt sind. Insofern fehlen bei künftig 27 immer noch drei Züge. Diese würden zu einer Entlastung aller Einsatzeinheiten beitragen, weil die „Einsatzhäufigkeit“ auf mehr Schultern verteilt werden könnte. Dass zudem viele tatsächlich notwendige Tätigkeiten nicht etatisiert sind, führt zu einem hohen Fehl beim Stammpersonal.

Welche Rolle spielen überhaupt Arbeitnehmer bei den Personalplanungen? Dies wollte Ümit Turul von Eck wissen. Er zeigte dabei auf, dass die Polizei nur im Zusammenspiel von Tarif, Verwaltung und Vollzug funktionieren könne. Ingrid Schatz wies darauf hin, dass oft kein Tarifpersonal gefunden werden kann, weil auch die Wertigkeiten (beziehungsweise Entgeltgruppen) nicht zu den Anforderungen passen.

Der Bamberger Kreisvorsitzende Andreas Dechant bat Staatssekretär Eck, sich endlich um einen modernen Dienstausweis im Scheckkartenformat zu kümmern.

Nach der Aussage von Eck, dass man auch über Dienststellen-

strukturen nachdenke müsse, wies Heinz Hofmann, Vorsitzender KV München West, ihn darauf hin, dass wir bereits eine Polizeireform hatten. Diese hat uns dahingebacht, wo wir heute sind. Vielleicht sollte man das nächste Mal rechtzeitig und intensiver darüber nachdenken, was man wirklich ändern muss.

Peter Stenglein, der Vorsitzende des KV Bayreuth, wünscht sich gerade im Zusammenhang mit der Thematik Gewalt gegen Polizeibeamte beziehungsweise Rettungsdienste Politiker, die auch außerhalb von Gewerkschaftsveranstaltungen offen positiv über die Polizei sprechen und zu ihr stehen.

Stefan Heindl, der bei einer Einsatzeinheit der BePo ein direkt Betroffener der (BePo-)Einsatzsituation ist, schilderte „das echte Leben“. Zum Beispiel durch die Belastung, nach einem Einsatz ohne Pause unmittelbar in den nächsten zu fahren (und das regelmäßig!). Heindl zeigte sich enttäuscht, dass Vorschläge von Betroffenen, die die Situation verbessern könnten, an das IM geschickt worden waren, es von dort aber keinerlei Reaktion gebe.

Darauf erwiderte Staatssekretär Eck, dass uns auch klar sein müsse, dass „nicht alle Probleme bei Minister Herrmann



> Berend Jochem

oder ihm auf dem Tisch ankommen würden ...“

Dass bei der Angabe der Überstunden der BePo (pro Kopf) auch die Auszubildenden (die keine Überstunden haben) eingerechnet werden, wusste Eck nach seinen Angaben nicht. Diese Berechnung ist aus seiner Sicht auch nicht nachvollziehbar. „Dass man mich mit vermutlich unrichtigen Zahlen hierher schickt, ist nicht in Ordnung.“ (Zitat)

Mit einem Beispiel zeigte Jo Schmeißer ein weiteres Problem auf: „Wenn man ein Haus plant, braucht man nach den Architekten vor allem Handwerker.“

Stäbe haben ihre Berechtigung! Trotzdem stellt sich die

Frage, ob wirklich alle, die nach der Fachhochschule zu ihren Dienststellen zurückkommen könnten, aber im ersten beziehungsweise zweiten Fünftel abgeschnitten hatten, immer „zur weiteren Erprobung“ in irgendwelchen Stäben verschwinden müssten.

„Wenn der Bürger nach der Polizei ruft, dann meint er ‚die Streife‘. Und da sind wir deutlich zu wenig!“

Hermann Benker lobte zur Verabschiedung von Staatssekretär Eck ausdrücklich die bayerischen Anstrengungen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und dem Bund. Aber das Personal kommt nicht dort an, wo es gebraucht wird.

Ziel der Polizeireform war unter anderem, dass Verwaltungsabläufe vereinfacht werden sollten. Im Ergebnis wurde die Arbeit „unten“ mehr und als Ausgleich wird „ganz oben“ mehr nicht mehr entschieden.

Ganz wichtig ist für die DPoIG, dass die Auszahlung von Überstunden kein Ausgleich für die dringend benötigte Freizeit ist. Hier braucht es schnelle Lösungen.

Da Staatssekretär Eck während seines Referats auch über die aktuelle Zahl von Pilotdienststellen für neue Arbeitszeitmodelle gesprochen hatte, bat ihn Benker, diese Zahl zu hinterfragen. Zum Beispiel OEDs und Diensthundgruppen waren nie Zielgruppen der Pilotierung. Hier werden Dinge (absichtlich?) vermischt.

Staatssekretär Gerhard Eck zeigte Verständnis für die angesprochenen Themen. Auch wenn nicht bei allen Themen Konsens bestehen würde, würde er jederzeit wieder zur DPoIG kommen ...

> DPoIG Deinertwegen!

Die DPoIG Bayern ist die einzige Polizeigewerkschaft, die seit 1997 eine Stiftung für Kolleginnen und Kollegen unterhält. Für die DPoIG Bayern ist Solidarität nicht nur ein Wort, sondern tagtäglich gelebte Realität. Die DPoIG-Stiftung unterstützt gewerkschaftsunabhängig Polizeibeschäftigte und Angehörige anderer Sicherheitsbehörden.

Unterstütze auch Du die DPoIG-Stiftung mit einem „Poli-Soli“ von einem Euro monatlich als Dauerauftrag oder überweise eine Spende an die Stiftung. Sei auch Du ein Teil der starken DPoIG-Gemeinschaft und trage mit deiner Spende dazu bei, dass Kolleginnen und Kollegen, die nach schweren Einsätzen Unterstützung brauchen, geholfen werden kann.

Die „Idee“ des Bezirksverbandes Mittelfranken (Näheres auf der DPoIG-Homepage)



Zudem bot er an, dass bei Themen, bei denen er nicht über breites Wissen verfüge, Gespräche bei ihm im IM mit den Spezialisten stattfinden könnten. Dazu sprach er gleich persönliche Einladungen an die BePo und Tarifvertreter aus.

Stiftungsvorsitzender **Berend Jochem** bedankte sich bei den Teilnehmern für die „Intensität“, mit der in der Vergangenheit in den Kreisverbänden an die Stiftung gedacht wurde. Dabei lag ihm am Herzen, unbedingt deutlich zu machen, dass auch (viele) kleine Beträge einer Stiftung wirklich helfen. Hier durfte natürlich auch ein Hinweis auf die Stiftungsschweine bei vielen Dienststellen und die steigende Unterstützung durch andere Landesverbände nicht fehlen.

Rainer Nachtigall und **Tom Lintl** informierten über den derzeitigen Stand bei den Vorbereitungen zu den bevorstehenden Personalratswahlen.

Ein Teil der aktuellen „Baustellen“, die **Hermann Benker** in seinem Bericht zur Lage aufgriff:

- > A 9/Z → Auswirkungen auf bevorstehende Beurteilung, Entkoppelung der Beurteilung vom Aufstieg,
- > A 12 → Altersbeförderung ist aus Sicht der **DPoIG** keine Perspektive (wesentlich zu spät! Frage, ob rechtlich haltbar?)
- > Arbeitszeit → wir sind nach wie vor der Meinung, dass das von der **DPoIG** geforderte Rucksackmodell (siehe Positionspapier „Dafür steht die **DPoIG** beim Thema Arbeitszeit“) zulässig ist.
- > Belastungs-/Personalsituation → „Das Phänomen bei der Polizei: Es sind wirklich alle am Limit und trotzdem bleibt nichts liegen“
- > Laufbahnnachzeichnung (schlechteste Lösung von



> JuPo bei der Scheckübergabe an Berend Jochem

allen Ministerien/Ressorts, entstanden ohne jede Beteiligung der Gewerkschaften beziehungsweise Personalvertretungen)

Daneben berichtete Benker, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des BBB ist, über Aktuelles aus dem BBB („Erfolgsbilanz 2011–2016“) und dbb (AG Beamtenpolitik und AG Flüchtlingsproblematik).

Michael Hinrichsen schlug den Bogen aus dem Landesverband Bayern zur **DPoIG** Bund. Als Verantwortlicher für den POLIZEISPIEGEL gab er wichtige Hinweise für die Erstellung von entsprechenden Berichten.

Astrid „Sissi“ Schiffbäumer berichtete über die vielen Aktivitäten der JUNGEN POLIZEI. Herausragend und mit viel Applaus bedacht waren vor allem die vielen Einsatzbetreuungen (G 7, Flüchtlinge, Weihnachten, Silvester ...) oft auch in Zusammenarbeit mit der **DPoIG** Bundespolizeigewerkschaft.

Aus verschiedensten Aktivitäten überreichte die JuPo an Berend Jochem einen Scheck in Höhe von 1.250 Euro für die Stiftung.

Den Tätigkeitsbericht der Tarifkommission legte **Ümit Turul** vor. Er zeigte dabei auch die sehr gute bundesweite Vernetzung der bayerischen Tarifier unter anderem in die Tarifkommissionen des dbb und der **DPoIG** Bund auf.

Birgit Manghofer legte den Bericht der Vertretung für Frauen- und Familienangelegenheiten vor.

Für die Kommission Organisation und Dienstbetrieb tat dies **Jörg Wuttke**. Ihm war wichtig, dass der Dienstbetrieb vor allem durch die Flüchtlingssituation bei allen Dienststellen und nicht nur an der Grenze nur eingeschränkt möglich ist.

Der Vorsitzende der ständigen Kommission für Senioren, **Siggi Stich**, erläuterte vor allem die Inhalte der Seminare Vorbereitung auf den Ruhestand (bisher zehn Seminare mit 238 Teilnehmern). Stich kündigte an, zu den aktuell neu aufgelegten Flyern auch den Auftritt der Seniorenvertretung auf der Homepage der **DPoIG** Bayern verbessern und aktualisieren zu wollen. Interessierte Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits im Ruhestand befinden,

können sich schon jetzt gerne bei Siggi Stich in den entsprechenden E-Mail-Verteiler aufnehmen lassen.

Unser Beauftragter für Menschen mit Behinderung, **Dieter Christ**, bot seine Hilfe an. Vor allem dann, wenn Dinge geschehen, die wir verdrängen und die uns oft vollkommen unvorbereitet treffen. Wichtig für uns alle ist, sich rechtzeitig dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für behinderte Menschen ständig verbessert werden. Wird erst dann reagiert, wenn der Fall eingetreten ist, lassen sich Dinge oft nicht kurzfristig regeln beziehungsweise ändern.

„Wer einem behinderten Menschen zum Beispiel die zusätzlichen Urlaubstage neidet, kann sich gerne bei mir melden: Ich schenke demjenigen gerne meine fünf Tage und gebe auch gleich kostenlos eine Unterschenkelprothese dazu.“



> Dieter Christ

Gustl Janker erinnerte die Funktionsträger an das Pensionsberechnungsprogramm. Eine echte (und immer öfter genutzte) Serviceleistung für unsere Mitglieder.

Von deutlichen Steigerungsraten musste Rechtsschutzbeauftragter **Armin Stich** berichten. Bei dieser „Kernaufgabe der **DPoIG**“ gab es vom Jahr



2014 im Vergleich zu 2015 eine Steigerung um fast 25 Prozent. Für das Jahr 2016 zeichnet sich bereits nach dem ersten Quartal eine weitere Erhöhung der zu bearbeitenden Fälle ab.

Damit verbunden ist natürlich auch eine deutliche Kostensteigerung.

Landesschatzmeister **Stefan Kemptner** informierte unter anderem über den im Jahr 2015 erfolgten Umzug der Landesgeschäftsstelle und erläuterte Organisatorisches und



> Armin Stich

Abläufe in der Landesgeschäftsstelle.

Seinen Bericht nutzte er, um sich ausdrücklich beim Team der Geschäftsstelle für die Unterstützung aller Untergliederungen zu danken. Diesem Dank schlossen sich die Funktionsträger mit einem langanhaltenden Applaus an.

Auch **Reinhold Merl** befasste sich mit finanziellen Dingen und zeigte die Aktivitäten und aktuellen Angebote der **DPoIG**-Marketing auf.

Hermann Benker blieb es, ein Schlusswort zu sprechen. Er verband seinen Dank an alle Unterstützer und die Funktionsträger der **DPoIG** mit der Hoffnung, dass die hohe Taktung, mit der wir alle arbeiten (müssen), auch endlich bei den Ansprechpartnern ankommt, die bisher noch nicht auf höhere Drehzahlen umgestellt haben.

Dann könnte vielleicht auch irgendwann die Zeit von schnellen „Wischi-waschi-Antworten“ ohne echte Substanz aufhören. ■

Führungsposition in Teilzeit, geht das?

Selten findet man in den oberen Führungspositionen der bayerischen Polizei Kolleginnen und Kollegen, die in Teilzeit arbeiten. Seit 1. August 2015 ist PHK'in Karin Walter stellvertretende Dienststellenleiterin der Polizeiinspektion Brannenburg, die im Polizeipräsidium Oberbayern Süd liegt. Birgit Manghofer, die Landesbeauftragte der Frauen- und Familienvertretung der **DPoIG** Bayern, hat sich nun mit Karin Walter getroffen, um über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Du bist eine der ersten, wenn nicht sogar die erste stellvertretende Dienststellenleiterin einer Polizeiinspektion in Bayern, die in Teilzeit arbeitet. Ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie jetzt punktuell (endlich) auch in der oberen Führungsebene der Schutzpolizei angekommen?

Ob ich die erste stellvertretende Dienststellenleiterin in Teilzeit bin, weiß ich gar nicht. Sicher ist aber, dass es nicht viele Führungskräfte bei der Schutzpolizei in Teilzeit gibt. Ich glaube, in den letzten Jahren ist das Bewusstsein hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in allen Ebenen der bayerischen Polizei stärker in den Vordergrund getreten und

damit auch die Möglichkeit der Teilzeit – eben auch in Führungspositionen.

Wie schaffst Du es, die Familie und den Beruf zu vereinen? Gibt es Probleme, Reibungspunkte?

Wichtig ist, dass meine ganze Familie hinter mir steht. Ohne diese Unterstützung würde es sicher nicht funktionieren. Ich arbeite 30 Stunden in der Woche. Montags acht Stunden und dienstags bis freitags jeweils fünfeinhalb Stunden am Vormittag. Das heißt, dass ich mittags nach Hause komme und mich dann um meine Kinder, den Haushalt et cetera kümmere. Eine große Erleichterung ist für mich, dass ich nur wenige Kilometer von der

> Vita Karin Walter



- > Karin Walter, 43 Jahre, verheiratet, zwei Kinder (9 und 15 Jahre)
- > Direkteinsteigerin in der 3. QE 1991 – Studium an der FHVR FFB
- > Anschließend Verwendungen bei der PI Bad Aibling, KPI Rosenheim (K1, K4, SbE), PP OBS, Gleichstellungsbeauftragte
- > Seit 1. August 2015 LVG'in bei der PI Brannenburg
- > In der **DPoIG** stellvertretende Landesbeauftragte der Frauen und Familienvertretung in Bayern

Dienststelle entfernt wohne. Ich habe also keine großen Fahrtzeiten und kann bei Bedarf auch kurzfristig zur Dienststelle kommen.

Ich hätte jetzt eine etwas provokante Frage. Du übst im Gegensatz zu allen in Vollzeit beschäftigten stellvertretenden Dienststellenleitern Deine Tätigkeit mit 30 Wochenstunden

aus. Bleibt da irgend etwas dienstlich auf der Strecke?

Ich hoffe und glaube nicht, dass etwas auf der Strecke bleibt. Es erfordert eben eine gute Strukturierung und Koordination der Arbeit. Ich versuche, wichtige Tätigkeiten zu priorisieren und überflüssige Arbeiten zu vermeiden. Was ich vermeiden möchte, ist dass



andere Kollegen Arbeiten von mir übernehmen müssen. Aber nicht, weil ich es ihnen nicht vertraue, sondern weil diese selber mehr als genug zu tun haben. Auf einer kleinen Dienststelle ist es aber sowieso unerlässlich, dass alle Hand in Hand arbeiten. Wichtig ist für mich, dass Zeit für die Gespräche mit den Kollegen und Kolleginnen bleibt, damit ich weiß, „wo der Schuh drückt“.

Viele meiner Kollegen in dieser Position haben noch Zusatzaufgaben in Arbeits- oder Projektgruppen. Da halte ich mich mo-

mentan eher etwas zurück, da die Arbeit auf meiner Dienststelle im Vordergrund steht. Als Mitglied der Verhandlungsgruppe beim PP Oberbayern Süd habe ich allerdings auch noch eine zusätzliche Aufgabe, der ich aber gerne nachkomme.

Wie reagieren denn die in Vollzeit beschäftigten stellvertretenden Dienststellenleiter auf eine Kollegin in Teilzeit? Hast Du Reaktionen erhalten?

Anfangs wurde mir schon mehrfach gesagt, dass sie Zweifel hätten, dass die Füh-

rung einer Dienststelle auch in Teilzeit möglich ist. Ich hoffe, dass ich inzwischen die Zweifler überzeugen konnte, dass es doch geht.

Jede Stelle in der bayerischen Polizei kann in Teilzeit ausgeübt werden. Stimmt Du dem zu? Warum gibt es Deiner Meinung nach dennoch kaum jemanden in diesen Positionen?

Es gehört schon etwas Mut dazu, eine Führungsposition in Teilzeit auszuüben. Sowohl seitens der Führungskraft, aber auch seitens der vorgesetzten

Stellen, also der Präsidien. Ich hoffe, dass mein Beispiel anderen Mut macht und es mehr Kollegen und Kolleginnen wagen, Teilzeit zu arbeiten, um Familie und Beruf bestmöglich vereinbaren zu können.

Dabei muss man jeden Einzelfall betrachten und abwägen. Ist es möglich, die Führungsposition in Teilzeit auszuüben? Wie viele Stunden sollten mindestens gearbeitet werden? Ist eventuell auch ein sogenanntes Job-Sharing möglich? Ist alternierende Telearbeit eine Option? ■

Jahreshauptversammlung 2016 mit Personalratskandidatenvorstellung und anschließendem Schafkopfrennen des KV Bamberg

Kreisvorsitzender Norbert Schuberth hatte die Mitglieder sowie die Personalratskandidaten Bamberg/Forchheim/Ebermannstadt zur diesjährigen Jahreshauptversammlung mit anschließendem Schafkopfrennen in die Gaststätte Schwanenbräu nach Ebing eingeladen. Auch zahlreiche Pensionisten waren der Einladung gefolgt. In seinen Ausführungen hob Schuberth die erfreuliche Mitgliederentwicklung im Kreisverband hervor. Bei seiner Übernahme vor zwei Jahren zählte der Verband 279 Mitglieder. Inzwischen ist die Zahl der Mitglieder der DPoIG Bamberg auf 320 angestiegen. Das entspricht einer Steigerung von rund 15 Prozent. Damit hat der KV Bamberg laut seinen Aufzeichnungen den bisher höchsten Mitgliederstand überhaupt. Schuberth bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Erfreulicherweise musste im vergangenen Jahr kein Todesfall beklagt werden.

In seinem Jahresrückblick ließ Schuberth auch das Senioren-



> Schafkopf nach der Versammlung

treffen in Bad Staffelstein noch einmal Revue passieren. Der Ausflug fand erneut großen Anklang bei den Teilnehmern. Auf dem Programm standen unter anderem eine Führung durch den Kurpark sowie eine Führung im Kloster Banz.

Im Rahmen eines sogenannten Blaulichtgesprächs konnten Staatsministerin Melanie Huml und Staatssekretär Gerhard Eck die regionalen Problemstellungen nähergebracht werden. Vor allem Staatssekretär Eck nahm sich Hausaufgaben mit

nach München und sicherte eine Rückmeldung zu.

Vorstandsmitglied Michael Bendel hatte seinen Rücktritt aus der Vorstandschaft des KV Bamberg erklärt.

Die bis dahin in Aussicht gestellte Übernahme der Geschicke als Pensionistenvertreter hatte sich damit auch zerschlagen. Der bisherige Vertreter der Pensionisten, Franz Schütz, erklärte sich ob dieses plötzlichen Rücktritts bereit, die Funktion für ein weiteres Jahr zu übernehmen.

Die Vorstandschaft sucht nun eine interessierte Kollegin oder einen interessierten Kollegen, die/der sich für das Amt des/der Pensionistenvertreters/-vertreterin zur Verfügung stellen würde.

Das diesjährige Seniorentreffen findet am 27. Juli in Forchheim statt.

Den Worten des Kreisvorsitzenden folgten die Ausführungen des Kassiers Andreas Dechant, der einen positiven und lückenlosen Kassenbericht abgab. Aufgrund der vorbildlichen Kassenführung beantragte Kassenprüfer Gerhard Wölflein die Entlastung.

Landesvorsitzender Hermann Benker referierte über Themen, die derzeit die Gemüter beschäftigen. Angefangen von den Arbeitszeitmodellen über die PHMZ und PHK+-Problematiken, verbunden mit den Dienstpostenanhebungen sowie die Arbeitszeitdiskussionen – Wohl und Wehe von Pilotierungen. Weiter gab er einen Ausblick auf die bevorstehenden Personalratswahlen.



Den umfänglichen Ausführungen unseres **DPoIG**-Landesvorsitzenden schloss sich der Bezirksvorsitzende Jürgen Köhnlein mit seinen Erfahrungswerten aus der TASER-Veranstaltung im Februar in Bayreuth an.

Nach den Ausführungen von Jürgen Köhnlein gab der Kreisvorsitzende Norbert Schuberth auch noch einen Ausblick auf die bevorstehenden Personalratswahlen 2016.

Eine Teilnehmerin und Teilnehmer aus nahezu allen Sparten der Polizei waren der Einladung des Kreisvorsitzenden Norbert Schuberth zum Schafkopfnennen gefolgt. Erfreulich war, dass neben einem Lichtenfelder Kollegen, einem Kollegen aus Werneck auch der Vorjahressieger aus Ingolstadt zum Schafkopfnennen antrat.

Bereits in der ersten von zwei Runden zeichnete sich ab, dass

der Titel in der Familie des Vorjahressiegers bleiben wird. Antonius „Toni“ Zethner von der PI Bamberg-Land hatte auch in der zweiten Runde die Nase vorn und konnte das Turnier in Ebing gewinnen. Damit beerbt der Vater seinen Sohn von der PI Ingolstadt. Aus den Händen des Kreisvorsitzenden Norbert Schuberth erhielt er den ausgelobten Gutschein im Wert von 100 Euro. Auf Platz zwei landete das Vorjahresschluss-

licht Franz Schütz von der PI Bamberg-Stadt im Ruhestand. Er durfte sich über einen Gutschein in Höhe von 60 Euro freuen. Platz drei ging an Tobias Aue von der PI Lichtenfels, der einen Gutschein im Wert von 40 Euro erhielt.

Angesteckt von der positiven Atmosphäre und dem Wunsch der Teilnehmer sicherte Schuberth die Ausrichtung im nächsten Jahr wieder zu. ■

Wir für euch!

Zwei Tage trafen sich die Delegierten der JUNGEN POLIZEI Bayern in der Sparkassenakademie in Landshut, um die erste Landesjugendkonferenz in diesem Jahr abzuhalten.

Vom 10. bis 11. März 2016 kamen die Vertreter zusammen, um über die aktuellsten Themen, die die Kolleginnen und Kollegen beschäftigen, zu sprechen. Hierbei standen die Themen Personalratswahlen, Flüchtlingsproblematik und die momentane Mehrbelastung der Beamten der bayerischen Polizei im Fokus.

Neben den Delegierten nahmen der Bundesvorsitzende der **DPoIG**, Rainer Wendt, der Landesvorsitzende der **DPoIG** Bayern, Hermann Benker, der Bundesjugendleiter Daniel Jungwirth und die Vertreterin

der **DPoIG** Hamburg für die JUNGE POLIZEI, Christine Höxtermann, an der Landesjugendkonferenz teil.

Als Gast durfte die JUNGE POLIZEI Bayern Herrn MdL Dr. Hans Reichhart begrüßen, mit dem am Freitag eine spannende Diskussionsrunde stattfand. Neben Berichten aus den Kreis- und Bezirksverbänden sprachen auch Rainer Wendt und Hermann Benker über die aktuellen Entwicklungen im Bund und Land. Daniel Jungwirth gab einen kurzen Abriss über die Arbeit der JUNGEN POLIZEI Bund und deren geplante Aktionen in diesem und im kommenden Jahr. Während der Diskussionsrunde wurden Themenfelder wie die immer mehr aufkeimende Problematik bezüglich des Flüchtlingsaufkommens, der Umgang und die Genehmi-



DPoIG Bayern (2)

> Rainer Wendt, MdL Dr. Hans Reichhart, Hermann Benker

gung von Arbeitsplätzen, Stellenzuweisungen zu einzelnen Präsidien und die Ausrüstung der bayerischen Polizei mit TASER und Bodycam besprochen und diskutiert.

Im Gespräch mit Hermann Benker wurde über die anstehenden Personalratswahlen gesprochen, die Problematik bezüglich des Aufstiegs von der 2. QE in die 3. QE und noch vieles mehr.

In diesen zwei Tagen wurden viele Informationen ausgetauscht, einige Thematiken sehr kritisch beäugt und neue Projektideen gesammelt. Mit viel neuem Input verlassen die Delegierten der JUNGEN POLIZEI Bayern die Landesjugendkonferenz und hoffen, dass die besprochenen Probleme im Bayerischen Ministerium des Inneren ein offenes Ohr finden werden. ■



> Die bayerische JuPo mit ihren Gästen



Welt-Downsyndrom-Lauf Laufen. Lachen. Gutes Machen

Trisomie XXI –
Ein Lauf für Menschen mit Gendeffekt

Bereits zum sechsten Mal fand am 20. März 2016 in Fürth, an der grünen Halle, der Welt-Downsyndrom-Lauf statt. Für das Team, welches bisher immer zum Großteil aus der PI Ergänzungsdienste/USK Mittelfranken bestand, war es heuer die dritte Beteiligung an dieser Veranstaltung. Heuer gelang es dem Läuferteam zwei gütige Sponsoren an Land zu ziehen, welche zum einen die Startgebühr und zum anderen die T-Shirts und den T-Shirt-Druck übernah-

men. Hierbei wird ein gesonderter Dank an die Schlosserei Schmidt aus Amberg und selbstverständlich an die DPoIG Nürnberg ausgesprochen! Der schöne Nebeneffekt bei der Startgebühr ist dieser, dass über die Institution „Laufclub 21“ Menschen mit Behinderung, dem Downsyndrom, geholfen wird. Alle Helfer und Organisatoren helfen hierbei ehrenamtlich für den guten Zweck und mit der Teilnahme an diesem Lauf konnten auch die acht Männer vom USK



DPoIG Bayern

> 1. Platz – über 92 Kilometer in sechs Stunden

Mittelfranken ihren Beitrag mithilfe der DPoIG Nürnberg leisten.

Schon in der ersten Stunde des Sechs-Stunden-Staffellaufs kristallisierten sich die „Konkurrenten“ heraus. Der erste Platz war relativ früh erarbeitet, welchen es dann eben noch über fünf Stunden zu halten galt. Sieben Grad, bewölkt und windig – das Wetter spielte einigermaßen mit, es hätte

noch regnen können. Nach sechs Stunden sammelten sich die acht Sportler gemeinsam vor den Toren der grünen Halle zum letzten gemeinsamen Zieleinlauf: 70 Runden (à 1,3 Kilometer), über 92 Kilometer und somit der erste Platz an das Team „DPoIG Nürnberg“. Vielen Dank an die engagierte Arbeit der Organisatoren und nochmals an die Sponsoren DPoIG und Schlosserei Schmidt – bis zum nächsten Jahr! ■

10. Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand

Im März 2016 fand nun bereits das 10. Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand statt.

Damit haben bisher 234 Kolleginnen und Kollegen an den Seminaren teilgenommen.

24 hoch motivierte Kollegen, die alle kurz vor dem wohlverdienten Ruhestand stehen, verfolgten die Themen:

- > erste Schritte in den Ruhestand,
- > was rastet, das rostet – Lebensqualität im Alter,
- > Sport und Ernährung im Alter,
- > Testament, Patientenverfügung, Vollmachten,
- > Serviceleistungen und Versicherungen im Alter.

Leider waren wieder einmal keine Frau und nur ein Tarifbeschäftigter unter den Seminarteilnehmern. Den Reaktionen der Teilnehmer konnte



man entnehmen, dass ihnen die Referenten und deren Vorträge sehr gut gefallen haben und sie für den nächsten und schönsten Lebensabschnitt wichtige Eindrücke und Neuigkeiten mitgenommen haben.

Das nächste Seminar findet am 21./22. September 2016 in Kipfenberg/Pfahldorf statt. Anmeldungen für das Seminar nimmt die Landesgeschäftsstelle in München (siehe erste Seite des Bayernteils im POLIZEISPIEGEL) gerne entgegen. ■



Rudolf Schwarz

> Die Teilnehmer des „Jubiläumsseminars“ mit Sigggi Stich



Oberfranken hat wieder eine **DPoIG**-Kreisvorsitzende

Bei der JHV des KV Ebermannstadt-Forchheim wurde eine neue Vorstandschaft gewählt.

Nach fünf Jahren im Amt gab Harald Hölzel das Ruder in jüngere Hände. Neue Kreisvorsitzende wurde einstimmig **Juliane Hillmann**, die seit elf Jahren

Angehörige der Polizeiinspektion Ebermannstadt ist. Damit übernimmt wieder eine Frau die Verantwortung für einen **DPoIG**-Kreisverband in Oberfranken. Sie vertritt nun über 100 Mitglieder bei den Polizeiinspektionen Ebermannstadt und Forchheim.



> Der scheidende Kreisvorsitzende Harald Hölzel (links), Landesvorsitzender Hermann Benker, Kreisvorsitzende Juliane Hillmann

Neben dem stellvertretenden Vorsitzenden Klaus Steinhübl zählen zur neu gewählten Vorstandschaft Bernhard Kinzel (Kassier), Michaela Stalph

(Schriftführerin), Manfred Hänchen und Thorsten Panzner (Beisitzer) sowie Franz Mairnusch (Pensionistenvertreter). ■

Distanzelektroimpulsgeräte Ein Jahr lang analysieren?!

Die **DPoIG** hat sich vorgenommen, über die Fakten von Distanzelektroimpulsgeräten zu informieren und mit den alten, meist ideologisch geprägten Vorurteilen gegenüber dem Einsatzmittel aufzuräumen. Dazu fanden in den vergangenen Monaten verschiedene Veranstaltungen statt. Den Auftakt machte ein Treffen im Arbeitskreis der CSU-Polizeiexperten im Landtag. Weitere Veranstaltungen, an denen eine Vielzahl von Interessierten teilnahm, schlossen sich an. Die Medien hatten großes Interesse an der Wirkungsweise des Einsatzmittels und den Forderungen der Polizeigewerkschaft.

Die **DPoIG** hat sich mit ihrer Forderung der Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten bei Einsatzzügen/OEDs in sogenannten Mittelzentren wie Kempten, Würzburg, Ingolstadt, Regensburg und Straubing auch an den Minister gewandt. Kurz darauf kam die Rückmeldung: Eine Arbeitsgruppe in Regensburg erhielt den Auftrag, die Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzmittels zu prüfen. Alles gut – sollte man meinen. Wenn da nicht die Aussagen des Ministers in den Medien wären: Am Ende des Jahres erwarte er ein Ergebnis der Arbeitsgruppe.

Wie bitte? Ein Jahr lang analysieren? Sorry – aber es liegen aus einem Jahrzehnt die Erfahrungen der Spezialeinheiten, in Form jährlicher Berichte an den Landtag, vor. Klar kann man sich auch in anderen Bundesländern umhören. Gerne auch bei den „Nachbarn“: In Frankreich, England, den Niederlanden, der Schweiz und in Österreich wurden in den letzten Jahren „Feldversuche“ durchgeführt. Zum Teil sogar medizinisch begleitet. Alle machten so positive Erfahrungen, dass sie am Ende Distanzelektroimpulsgeräte im täglichen „Regeldienst“ einführen. Ein Jahr

lang eine Arbeitsgruppe zu beauftragen, „Aktienstudien“ zu betreiben und dabei noch nicht einmal praktische Erprobungen vorzusehen, erweckt eher den Eindruck, dass das Projekt auf ein Abstellgleis geschoben werden soll.

Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel das Thema „Bodycam“. Hier präsentiert man der Öffentlichkeit zuerst die Städte, in denen pilotiert werden soll, und erhält erst Monate später von der beauftragten Arbeitsgruppe ein Konzept dazu.

Auch die Einführung des neuen Einsatzanzuges zeigt, was eine hoch engagierte Arbeitsgruppe zu leisten vermag, wenn der politische Wille dahintersteht. Innerhalb eines Jahres konzipierte die AG einen völlig neuen Einsatzanzug, hat andere Bundesländer abgefragt, führte Trageversuche mit einer Vielzahl von Teilnehmern durch, wertete Hunderte Fragen aus, konferierte mit Firmen, veranlasste eine europaweite Ausschreibung und so weiter. Bei der Entscheidung, ob Distanzelektroimpulsgeräte im Streifen dienst eingeführt werden,

geht es nicht um die Entwicklung eines neuen Einsatzmittels durch die Polizei. Es geht schlicht und einfach darum, ein seit über zehn Jahren in der bayerischen Polizei bewährtes Einsatzmittel auch anderen Bedarfsträgern im Streifen dienst zur Verfügung zu stellen.

Man darf an der Stelle Innenminister Joachim Herrmann zitieren, der anlässlich des ursprünglich vom Ministerium angedachten Fünf-Jahres-Zeitplans zur Einführung einer neuen Dienstkleidung sagte: „Die deutsche Einheit wurde in einem Jahr realisiert, da werden wir doch keine fünf für eine neue Uniform brauchen.“

Richtig, Herr Minister! Dann sollte es aber innerhalb eines Jahres realisierbar sein, auch die praktischen Möglichkeiten und Grenzen von Distanzelektroimpulsgeräten im Streifen dienst zu erproben und nicht nur ein theoretisches „Aktienstudium“ durchführen zu lassen. Schließlich geht es in erster Linie um den Schutz der Gesundheit von Kolleginnen und Kollegen. ■



DPoIG-Versetzungs- veranstaltung in Nürnberg



> Ein voller Saal zeigt, dass die DPoIG das Interesse der Kolleginnen und Kollegen getroffen hat.

Der Kreisvorsitzende **Peter Dittmann** konnte mit seinem Team wiederholt kompetente Personalräte und zugleich **DPoIG**-Funktionäre zu einer Informationsveranstaltung für unsere BiA/BiE rund um das Thema Versetzung gewinnen. So kamen aus OBF **Karl-Heinz Marko**, UFR **Hubert Froesch**, OBN **Stefan Kemptner**, MFR **Rainer Hirschmann** und **Edi Dosch** aus Königsbrunn in die mittelfränkische Metropole gefahren. Die teilweise lange Anfahrt wurde jedoch mit circa 130 sehr interessierten Kolleginnen und Kollegen an dieser Thematik belohnt. Die Nürnberger Kantine war somit bis auf den letzten Platz restlos gefüllt.

Mit seiner langjährigen Erfahrung als BPR-Vorsitzender aus über 20 Versetzungsverhandlungen konnte **Edi Dosch** mit Insiderwissen brillieren und die Zusammenhänge in dieser zugegebenermaßen sehr komplexen Materie anschaulich darstellen. Der Personalrats-

vorsitzende **Peter Dittmann** ergänzte diesen Vortrag mit den standortspezifischen Besonderheiten zum Versetzungstermin 1. September 2016.

Ein Beamter in Ausbildung hat zwar die Möglichkeit einen Wunsch zu äußern, ob er präferiert in die Einsatzstufe oder in den PED versetzt werden möchte, aber wenn die zu erfüllenden Zahlen des Innenministeriums nicht weitestgehend mit den Wünschen deckungsgleich sind, wacht der eine oder andere in einer Region von Bayern auf, die er auf diesem Wege so eigentlich nicht kennenlernen wollte. Ein altbekanntes und auch im Besonderen der demografischen Entwicklung der Einstellungssituation von Polizeibeamten geschuldetes Problem. Das gesamte **DPoIG**-Team versuchte die vielen Fragen bestmöglich zu beantworten und hofft, dass jeder möglichst zu seiner Wunschdienststelle kommt. ■

> Auch 2016 im Programm der **DPoIG** Bayern:

Partnerbezogenes Fitness- und Gesundheitsseminar

In der Zeit vom

29. August bis 3. September 2016

findet im **Landhotel Geyer, Kipfenberg/Pfahldorf**, das alljährliche partnerbezogene Fitness- und Gesundheitsseminar der Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb (**DPoIG**) statt.

Anreise: Montag, 29. August 2016 bis 12 Uhr

Abreise: Samstag, 3. September 2016 vormittags

Programmschwerpunkte:

Theorie: – gesundheitsbewusste Ernährung und Lebensführung
– Gesundheitsförderung
– Stresserkennung und Stressbewältigung

Praxis: – Wanderungen
– Schwimmen
– Rad fahren
– Entspannungstechniken
– Rückenschule

Leistungen: – Übernachtung im Doppelzimmer mit Halbpension
– Betreuung durch Polizeisportlehrer
– erforderliche Fahrten im Rahmen des Seminars müssen mit Privat-Pkw erfolgen

Kosten: Pro Person **285 Euro**

Wichtige Hinweise:

- > Das Seminar steht allen aktiven bayerischen Polizeibeschäftigten (Tarif und Beamte) mit ihren Lebenspartnern offen
- > Dienstbefreiung kann nicht gewährt werden
- > Die Teilnahme ist auf 15 Paare begrenzt (30 Personen)
- > Infos zum Hotel: <http://www.landhotel-geyer.de/>
- > Die Berücksichtigung erfolgt nach der Reihenfolge des Eingangs der schriftlichen Meldungen (mit Angabe der Namen und Geburtsdaten beider Personen, Dienststelle, Privatanschrift, telefonische Erreichbarkeiten und E-Mail) in der **DPoIG**-Landesgeschäftsstelle
- > Teilnahme ist nur mit schriftlicher Zusage der Landesgeschäftsstelle möglich
- > Seminarleitung: Michael Hinrichsen

Anmeldung und Informationen (bitte schriftlich per E-Mail) ab sofort:

DPoIG Bayern, Orleansstr. 4, 81669 München, Christine Hofmann

Tel.: 089.552794913

Fax: 089.552794925

E-Mail: info@dpolg-bayern.de